

Wortlaut der Medienkonferenz des Komitees «Ja zu Europa!» zum Kampagnenstart der Initiative «Ja zu Europa!»

(Es gilt das gesprochene Wort)

**Marc F. Suter, Nationalrat FDP, Co-Präsident des Komitees «Ja zu Europa!» und
Präsident der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz**

Wer den EU-Beitritt befürwortet und die Beitrittsbedingungen kennen will, befürwortet die Initiative. Mit einem guten Ergebnis der Abstimmung wird das EU-Beitrittsziel unterstützt und konkretisiert. Leute, welche gegen den EU-Beitritt sind, finden seit 50 Jahren Gründe dafür, weshalb der Zeitpunkt für eine Vorlage, die den EU-Beitritt näher bringt, ungeeignet ist. Die Gründe haben über die Zeit gewechselt, die dahinter stehenden Motive bleiben unverändert.

Die Verzögerungsmethode derer, die sich nicht offen gegen einen Beitritt auszusprechen wagen, heisst Optiönchen untersuchen. Sie weichen der politischen Grundfrage "wollen wir im sich gestaltenden Europa mitentscheiden" aus. Sie haben Angst und verkennen die wirtschaftliche Stärke, die geographische Lage und die historische Berufung der Schweiz. Sie sind mutlos und glauben, die Beitrittsfrage lasse sich wie irgendein Problem der Alltagspolitik aussitzen.

Wir haben ein Ziel und wissen, dass dieses nur mit dem Eu-Beitritt zu erreichen ist. Gleichberechtigt, nicht als zugewandter Ort minderen Rechts, wollen wir mit den EU-Mitgliedstaaten die europäische Zukunft mitgestalten. Wir wollen eine selbstbewusste, mittragende, Ansprüche stellende, vollwertige, keine anpasserische und nachvollziehende Schweiz.

Die EU hat sich als Friedens-, Sicherheits- und Wohlfahrtsprojekt seit 50 Jahren bewährt. Ganz Europa, die Schweiz eingeschlossen, profitiert vom Stabilitätsanker EU. Eine EU-Mitgliedschaft ist vor allem auch der glaubwürdigste Beitrag zu Frieden und Sicherheit in Europa. Gerade deshalb ist die Osterweiterung so wichtig. Die EU bleibt ein weiter gestaltbarer Prozess - gleichsam eine permanente Baustelle - , gerade in Bereichen, welche der Schweiz wichtig sind, wo die Schweiz etwas beizutragen hätte. Subsidiarität und Bürgernähe sind Stichworte. Je mehr Zeit bis zu einem Beitritt vergeht, je weniger bleibt zu gestalten, je enger wird der Bewegungsspielraum des europäischen Aussenseiters Schweiz. Europa, das ist immer mehr die Europäische Union. Die EU ist und bleibt der einzige Ort, wo über die Zukunft Europas bestimmt wird. Und da stellt sich für die Schweiz die historische Frage, welchen Unterschied es ausmacht, innerhalb oder ausserhalb einer umfassenden europäischen Solidar- und Schicksalsgemeinschaft zu sein.

Unsere Initiative kommt nicht zu früh, unsere Initiative kommt zu spät. Je länger wir warten, desto höher wird der Beitrittspreis. Wir wollen, dass die Schweiz ihre Interessen und Chancen als gleichberechtigter Partner wahrnehmen kann. Wir wollen der Schweiz das peinliche Schauspiel ersparen, in immer mehr europäischen Hauptstädten um Verständnis für ihre Aussenseiterposition zu betteln. Wir wollen eine Schweiz, die nicht nur nachsichtig verstanden, sondern ernst genommen wird.

Wir stehen zu einer ehrgeizigen Schweiz, die am entscheidenden Ort mitwirken will und sich nicht in die politische Ecke verkriecht, in der Hoffnung, andere würden ihre Anliegen einbeziehen, beispielsweise das Bankgeheimnis retten. Die Haltung, die Schweiz würde in einer EU-Mitgliedschaft politisch nur Verzichte leisten und könnte nicht auch lernen, sich einbringen und gewinnen, ist zugleich unrealistisch und arrogant. Eine EU-Mitgliedschaft würde die schweizerische Identität, das Zusammengehörigkeitsgefühl stärken. Gerade deshalb streben die Romandie und andere Kräfte des Aufbruchs den EU-Beitritt überzeugt an.

Die Verhältnisse in der EU beweisen, dass eine EU-Mitgliedschaft keine Nivellierung der Löhne und Sozialbedingungen zur Folge hat. Vermutlich deshalb bewusst angestellte Ländervergleiche verdecken die Tatsache, dass es in der EU mehrere Länder und Regionen mit ähnlicher Einwohnerzahl wie die Schweiz mit absolut vergleichbarem Lebensstandard und ähnlich niedrigen Arbeitslosenzahlen gibt.

Wir wollen keinen EU-Beitritt um jeden Preis und verlangen deshalb eine anspruchsvolle schweizerische Verhandlungsposition. Das gilt insbesondere für die Berücksichtigung der auf Bürgernähe ausgerichteten politischen Institutionen, die Stimmengewichtung im Rat und die Nettozahlerposition. In Kenntnis der Beitrittsbedingungen werden Volk und Stände dann über den Beitritt befinden. Bei einem JA zu Europa am 4. März dürfte das frühestens im Jahr 2006 der Fall sein.

Europa entsteht. Bauen wir mit. Europa entscheidet. Entscheiden wir mit. Mit einem JA zu Europa, mit einem JA zur Schweiz am 4. März!

Thomas Christen, Generalsekretär der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz und Mitglied der Task Force «Ja zu Europa!»

Argumentative Strategie

Bezüglich der Argumentationslinien haben wir uns zwei grundsätzliche Überlegungen gemacht, die ich Ihnen hier gerne kurz aufzeigen möchte.

Die Abstimmung zur Initiative «Ja zu Europa!» - der Titel sagt es bereits - dreht sich in erster Linie um eine *grundsätzliche* Frage: Soll sich die Schweiz am europäischen Integrationsprozess beteiligen und zu diesem Zweck den Beitritt zur EU anstreben - oder kurz: soll sich die Schweiz der EU weiter annähern oder nicht? Gerade diese Grundsatzabstimmung, diese Grundsatzfrage gibt uns die Chance, das Verhältnis der Schweiz zu Europa vertieft zu betrachten. Daher war es uns auch immer klar, dass die inhaltliche Hauptbotschaft der Kampagne auf diese Frage eine Antwort geben und aufzeigen soll, warum unsere Zukunft in der EU liegt. Gleichzeitig war für uns vor allem eines wichtig – wir wollten keine passive oder defensive Kampagne fahren. Im Gegenteil: Wir wollen die Selbstverständlichkeit der europäischen Einigung und die Selbstverständlichkeit eines Mitgliedes Schweiz darstellen. Wir haben versucht, die übliche Fragestellung umzudrehen: Nicht: Warum müssen wir zur EU? sondern: Warum sind wir als Land im Herzen Europas eigentlich bei der EU nicht dabei? Warum entscheiden wir nicht mit, warum bauen wir nicht mit?

Gleichzeitig gilt es aber auch darauf hinzuweisen, dass die *konkrete* Frage, die sich bei dieser Abstimmung stellt, die Frage nach der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU ist. Die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ist ein erster Schritt in Richtung EU, aber es ist erst ein Schritt. Ein zweiter muss folgen, und auch dieser wird dem Volk nochmals unterbreitet werden. Auch diesen Aspekt gilt es aufzuzeigen. Aufzuzeigen, dass wir die Aufnahme von Verhandlungen als Chance erfassen müssen, als Chance, Klarheit zu schaffen, als Chance, in frühestens 5 Jahren in voller Kenntnis der Materie über einen EU-Beitritt abstimmen zu können.

In diesem Sinne wollen wir schon *jetzt*, aber nicht *jetzt* Beitritt, sondern *jetzt* Verhandlungen.

Zusammengefasst kann man sagen, dass man mit dieser Initiative eigentlich den Fünfer und das Weggli, le beurre et l'argent du beurre, hat. Alle Personen, die für einen EU-Beitritt der Schweiz sind, müssen «Ja zu Europa!» sagen, weil es bei der Initiative um einen Grundsatzentscheid zu Europa geht. Aber gleichzeitig können auch alle Personen, die grundsätzlich eine Öffnung der Schweiz wünschen, sich aber über die genauen Auswirkungen eines EU-Beitritts noch nicht ganz im Klaren sind, mit gutem Gewissen für die Initiative stimmen und mit der Forderung nach Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU die Forderung nach Schaffung von Klarheit verbinden.

Diese Argumentationslinie zieht sich auch in den Inseraten durch, die Sie im beiliegenden Pressedossier finden.

Finanzen

Zum Abschluss dieses Blockes möchte ich gerne noch auf ein zweifelsohne entscheidendes Thema eingehen: auf die Finanzen.

Unsere Kampagne weist ein Budget von rund 1,4 Mio Franken auf. Knapp die Hälfte dieser Summe haben wir bereits zusammen. Zum einen durch kleinere und grössere private Spenden – zum anderen durch einen anlässlich des Beschlusses zur Aufrechterhaltung der Initiative lancierten Appell für ein «Ja zu Europa!», der mehr Geld einbrachte als erwartet und uns so auch die breite Unterstützung unserer Mitgliederbasis aufzeigte.

Um auch die andere Hälfte noch zu erreichen, haben wir in den nächsten Wochen verschiedene Aktionen vorgesehen.

Bereits diese Woche erfolgt die Emission der ersten Europa-Aktie. Dieser Begriff ist wohl noch etwas erklärungsbedürftig. Europa-Aktien sind Wertpapiere für Investoren, die auf eine europäische Zukunft setzen. Jedermann und jedefrau kann Aktien im Werte von 40 Franken pro Stück kaufen und damit aktiv in den Abstimmungskampf um die Initiative «Ja zu Europa!» eingreifen. Je nach Ausgang der Abstimmung können die Investoren (und mit ihnen die Schweiz) unterschiedlich hohen Gewinn erwarten. Die verschiedenen Szenarien können Sie alle im Emissionsprospekt, der der Pressemappe beigelegt ist, entnehmen.

Die Emissionsprospekte für die Europaaktie wird in dieser Woche mit einem Versand an über 15'000 Personen in wirtschaftlich und politisch interessierten Kreisen lanciert. Gleichzeitig werden wir im CASH vom kommenden Donnerstag mit einem ganzseitigen Inserat und im Internet unter www.europa.ch auf die Emission der Aktien aufmerksam machen.

Ende Januar werden dann die Kunstfreunde auf ihre Rechnung kommen. Zu diesem Zeitpunkt werden wir die Aktion «Kunstschaffende für Europa» lancieren. Acht prominente Schweizer Künstlerinnen und Künstler haben sich bereit erklärt, die Initiative «Ja zu Europa!» zu unterstützen und uns eines ihrer Kunstwerke zu überlassen. Diese haben wir dann in acht Serien zu 100 Lithographien herstellen lassen. Die Namen der teilnehmenden KünstlerInnen und die Werke werden Ihnen anlässlich einer Pressekonferenz Mitte Januar vorgestellt werden.

Gleichzeitig sind wir auch weiterhin auf kleinere und grössere Spenden von politisch interessierten Kreisen angewiesen.

Selbstverständlich konnten wir nur einen kleinen Überblick über die Kampagne «Ja zu Europa!» geben und mussten uns auf die wichtigsten Informationen beschränken. Ich möchte an dieser Stelle aber gerne auf das Pressedossier verweisen. Darin finden Sie unter anderem auch eine Liste mit den Namen der rund 100 ParlamentarierInnen des Komitees «Ja zu Europa!». Daneben gibt es in den meisten Sektionen der NEBS auch regionale Komitees mit lokalen Grössen, PolitikerInnen, KünstlerInnen oder SportlerInnen. Diese werden anlässlich

von kantonalen Medienkonferenzen der Öffentlichkeit präsentiert. Aus diesem Grund möchte ich hier zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorgreifen.

Selbstverständlich stehen wir am Schluss der Medienkonferenz auch noch für weitere Fragen zur Verfügung.

Cornelia Lüthy, Mitglied des Initiativkomitees und Vizepräsidentin der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz

Ich möchte Sie nicht mit sentimentalen Rückblicken langweilen. Doch zuweilen kann die Antwort auf die Frage „wie und warum alles begann“ durchaus erhellend sein; zumindest für die Zeiträume, von denen wir sprechen, wenn wir Begriffe wie „Subito-Initiative“ oder „Euro-Turbos“ verwenden.

Vor rund acht Jahren lancierte die Jugendbewegung „Geboren am 7. Dezember 1992“ die Volksinitiative für einen zweiten EWR-Anlauf. Diese erste proeuropäische Initiative wurde getragen von der Bestürzung über das EWR-Nein vom 6. Dezember 1992. Wir reichten die Initiative nach nur halbjähriger Sammelfrist am 3. September 1993 ein. Ich war damals noch Studentin. Heute zupfe ich mir die ersten grauen Haare aus.

Dann kam eine lange Zeit des Wartens. Bilaterale Verhandlungen wurden aufgenommen, Integrationsberichte wurden geschrieben, und die EWR-Strategie starb allmählich eines unspektakulären Todes. Als Folge davon wurde die EWR-II Initiative am 10. Juni 1997 zurückgezogen.

Um dieses Vakuum zu füllen und um der Beitrittsdiskussion endlich ernsthaften Schwung zu verleihen, lancierten fünf proeuropäische Organisationen im Frühjahr 1995 die EU-Beitrittsinitiative „Ja zu Europa!“. Sie wurde am 30. Juli 1996 mit 106'442 gültigen Unterschriften eingereicht. „Ja zu Europa!“ hat die Proeuropäer in der Schweiz geeint. Vier der genannten Organisationen fusionierten am 28. März 1998 zu der Ihnen bekannten „Neuen Europäischen Bewegung Schweiz“ (NEBS).

So, und heute, also rund acht Jahre nach der Geburt des Protestbabys von 1992 erhitzt der Begriff „ohne Verzug“ noch immer die Gemüter. Grund genug, um nochmals kurz darauf einzugehen, was es damit auf sich hat. Im Initiativkomitee gab es drei triftige Gründe für die Formulierung: (1) Der Bundesrat - der das EU-Beitrittsziel notabene bereits am 19. Oktober 1991 beschloss – war in all den Jahren verfassungsrechtlich völlig frei, Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Wenn die Initiative also etwas mehr sein sollte als lediglich die Beschreibung des *status quo*, so war der Begriff notwendig. (2) Im Jahr 1995 eine feste Jahreszahl in den Text einzufügen, war schlicht unmöglich. Wer damals vom Jahr 2006 gesprochen hätte, wäre als AUNS-Sympathisant bezeichnet worden. (3) Für Verhandlungen braucht es immer zwei Partner. Es hätte allen politischen Realitäten widersprochen, hier einseitig einen Termin setzen zu wollen.

Der Satz „Der Bund nimmt ohne Verzug Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union auf“ bedeutet für die NEBS ganz einfach folgendes:

- **Jetzt** muss eine breite inhaltliche Diskussion über einen EU-Beitritt der Schweiz geführt werden.
- **Jetzt** müssen die für einen EU-Beitritt notwendigen inneren Reformen an die Hand genommen werden.
- **Jetzt** ist die Blockade zu durchbrechen, die mit der Rückweisung des bundesrätlichen Beitrittsziels im Ständerat geschaffen wurde.

Der Beitritt selbst wird indessen – auch nach dem NEBS-Fahrplan – nach helvetischer Manier gelassen angegangen. Der Fahrplan sei in Erinnerung gerufen:

- Nach einem „Ja zu Europa!“ taut der Bundesrat im Sommer **2001** das Beitritts-gesuch auf.
- Nach informellen Vorgesprächen beginnen die effektiven Verhandlungen frühestens im Jahre **2002**.
- Die Verhandlungen dauern ca. 2 Jahre und werden frühestens im Jahre **2004** abgeschlossen.
- In der Schweiz schliesst sich daran die Diskussion um innere Reformen und flankierende Massnahmen an. Frühestens im Jahre **2006** stimmt die Schweiz über einen EU-Beitritt ab.

Wäre doch schön?

Eugen David, Ständerat CVP und Co-Präsident des Komitees «Ja zu Europa!»

Die Schweiz muss die Europafrage unter dem Blickwinkel ihrer eigenen langfristigen ausserpolitischen Interessen beurteilen.

Als EU-Mitglied kann die Schweiz ihre Zukunftsinteressen besser verfolgen und den Zusammenhalt von Deutsch- und Westschweiz besser sichern als im isolierten Alleingang. Das sagt uns der Bundesrat seit vielen Jahren. Ich teile die Ansicht des Bundesrates. Immer mehr ausserpolitische Fragen, welche die Schweiz direkt betreffen, werden in multilateralen EU-Gremien auf europäischer Ebene behandelt und entschieden. Das Fernbleiben schadet der Schweiz.

Heute kann die Schweiz aus einer starken Position mit Beitrittsverhandlungen beginnen. Daher unterstütze ich die Initiative "Ja zu Europa".

Wer den definitiven Alleingang der Schweiz befürwortet, wird die Initiative ablehnen müssen. Wer hingegen eine Beteiligung der Schweiz an der europäischen Zusammenarbeit vorzieht, sollte den Verhandlungsbeginn nicht vom Wohlverhalten der innenpolitischen Opponenten abhängig machen, sondern von der Interessenlage der Schweiz.

Diese Interessenlage spricht für einen Verhandlungsbeginn in der laufenden Legislatur.

- Mit der Annahme der bilateralen Abkommen sind wichtige innenpolitische Hindernisse für eine Beteiligung der Schweiz an Europa abgebaut worden. Das Volk hat den bilateralen Abkommen mit deutlicher Mehrheit zugestimmt. Die Schweiz zieht die europäische Zusammenarbeit dem Alleingang vor.
- Die Entwicklung in der EU steht nicht still. Immer gewichtigere Interessen der Schweiz sind betroffen. Zum Beispiel die Fragen der inneren und äusseren Sicherheit und der Ausländermigration (Schengener Abkommen und Dubliner Abkommen), aber auch der Infrastruktur (europäisches Bahnnetz, europäisches Stromnetz, europäisches Telekommunikationsnetz usw.) und der Aussenhandelspolitik (z.B. nächste WTO-Runde).
- Die EU ist wegen der bevorstehenden Osterweiterung daran, ihre Strukturen anzupassen. Die Schweiz will mit vielen mittleren und kleineren europäischen Ländern föderalistische Strukturen, die den einzelnen Ländern Gleichberechtigung und den grösstmöglichen Handlungsspielraum sichern. Diese langfristigen Interessen müssen jetzt wahrgenommen werden.

Wenn wir in dieser Legislatur, d.h. vor 2003, mit den Beitrittsverhandlungen beginnen, kann das Volk frühestens 2006 in Kenntnis aller Vor- und Nachteile darüber befinden, ob die Schweiz EU-Mitglied werden oder den Alleingang wählen soll.

Regine Aeppli-Wartmann, Nationalrätin SP

Es ist noch nicht lange her, da haben die gleichen Kreise, die heute die Bilateralen als das Gelbe des Eis preisen und mit der Aufnahme von Verhandlungen über einen EU-Beitritt keine Eile haben, den Beitritt zum Dubliner und zum Schengener Abkommen als ein vorrangliches Bedürfnis der Schweiz betrachtet. In Debatten über Asyl- und Ausländerpolitik haben sie aus diesem Grund für den möglichst baldigen EU-Beitritt votiert. Mit dem Rückgang der Zahl der Asylsuchenden scheint das Bedürfnis wieder in den Hintergrund gerückt zu sein.

Eine solche Haltung ist politisch äusserst kurzsichtig - zum einen, weil sich die Situation sehr rasch wieder ändern kann, wenn irgendwo ein Konflikt ausbricht und Tausende in die Flucht treibt. Zum andern, weil die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, dass Flucht- und andere Migrationsbewegungen auf Landesgrenzen kaum Rücksicht nehmen, sondern grossräumig stattfinden und mit den Mitteln der Innenpolitik nur sehr beschränkt zu steuern sind.

Die Schweiz liegt inmitten der EU. Für Menschen auf der Suche nach Sicherheit und Arbeit ist der EU-Raum attraktiv. Wer sein Glück nicht auf legalem Weg findet, ist deshalb versucht, es auf anderem Weg zu suchen. Mit dem Dubliner- und dem Schengener Abkommen haben die EU-Staaten ein Instrumentarium geschaffen, das es ihnen ermöglicht, die illegale Einwanderung rascher und koordiniert zu bewältigen. Der Schweiz ist der Zutritt zu diesem Kooperationswerk versperrt und wird es auch bleiben, solange sie nicht Mitglied der EU ist. Das haben die EU-Verantwortlichen der Schweiz wiederholt klargemacht: bilaterale Abkommen zur Anwendung der Dubliner-Regeln oder der Kontrollmechanismen des Schengener Abkommens gibt es ohne Vollbeitritt nicht. Punktum. Es gibt auch keinen Grund, weshalb sich das ändern sollte. Den EU-Staaten kann es gleichgültig sein, wenn die abgewiesenen Asylbewerber in die Schweiz einreisen.

Eine Koordination des Asylverfahren im Sinne des Dubliner-Abkommens liegt vorab im Interesse der Schweiz.

Im Gegensatz zur Schweiz hat man in der EU mittlerweile aber auch erkannt, dass mit rein repressiven Massnahmen keine politische Steuerung der Migrationspolitik möglich ist. Schätzungen haben ergeben, dass jährlich rund 500.000 Menschen illegal nach Europa kommen (und seit 1970 1,8 Mio. Einwanderungen im Nachhinein mittels Amnestien und andern Massnahmen legalisiert wurden).

Die zuständigen EU-Gremien haben sich deshalb auf die Suche nach Mitteln und Wegen gemacht, die sowohl den sozio-ökonomischen Bedürfnissen der Einwanderungsländer als auch derjenigen der aussereuropäischen Auswanderungsländer dienen. Der wirtschaftliche Aufschwung hat es möglich gemacht, dass das Bedürfnis nach Einwanderung politisch wieder ungestraft ausgesprochen werden darf.

Die zuständige EU-Kommission hat im letzten Herbst eine „Immigration Policy“ zuhanden des Parlamentes verabschiedet, deren Ziel es ist, Einwanderung ohne komplizierte Zulas-

sungsverfahren zu ermöglichen, illegale Einwanderung, insbesondere das Schlepperwesen und den Menschenhandel, zu unterbinden und die Integration der MigrantInnen zu fördern.

Die Schweiz steht kurz vor der Totalrevision ihres Ausländergesetzes. Die Zulassung und der Aufenthalt von aussereuropäischen MigrantInnen sowie die Integration sind die zentralen Themen dieser Revision. Es ist klar, dass die Migrationspolitik der EU-Staaten entscheidenden Einfluss auf die Steuerbarkeit der schweizerischen Ausländer- und Asylpolitik hat und es ist ebenso offensichtlich, dass die Schweiz die gleichen sozio-ökonomischen Bedürfnisse und Probleme hat wie die EU-Staaten, man denke nur an die niedrige Geburtenrate und das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und RentenbezügerInnen (und die entsprechende Zukunftsperspektive).

Die Schweiz ist ein Land mit einem vergleichsweise hohen Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung. Den politischen Sprengstoff, der in dieser Feststellung steckt, brauche ich hier nicht zu erläutern. Wohl aber das Bedürfnis nach Harmonisierung und Koordination mit den EU-Staaten. Es ist für den sozialen Frieden und den Zusammenhalt im Land vital.

Nichts deutet darauf hin, dass die Mobilität in den nächsten Jahren abnehmen wird. Es ist daher auch aus zeitlichen Gründen angezeigt, Massnahmen zur Steuerung der Migration zu treffen. Die sofortige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU ist eines davon.

Ein überzeugtes Ja zur Initiative „Ja zu Europa“ dient diesem Zweck.

In den grösseren Städten haben die Stimmberechtigten mit über 70% den Bilateralen zugestimmt. Das zeigt einerseits, dass die Ballungszentren mit den negativen Auswirkungen des Abseitsstehens stärker konfrontiert sind. Andererseits ist es ein Hinweis darauf, dass in städtischen Gegenden weniger Angst vor dem multinationalen Zusammenleben besteht, weil man damit mehr Erfahrung hat.

Das positive Potential der Zentren will die Kampagne „Ja zu Europa“ abholen. Gemeinsam mit der Romandie und den weltoffenen Kräften auf dem Land haben die BewohnerInnen der Zentren und der städtischen Agglomerationen die Chance, mindestens ein Volks-Ja zur Initiative zu erzielen. Entscheidend ist, dass sie sich an der Abstimmung auch tatsächlich beteiligen. Eines der zentralen Ziele der Kampagne ist es, dieses Stimmenpotential zu erschliessen und die aufgeschlossenen Menschen, insbesondere auch die jüngere Generation, um deren Zukunftsperspektiven es geht, zum Urnengang zu motivieren.

Ruedi Baumann, Nationalrat Grüne und Co-Präsident des Komitees «Ja zu Europa!»

Die Schweiz steht abseits. Nicht nur bei wegweisenden Diskussionen über die Gestaltung des Europas der Zukunft, auch bei den „alltäglichen“ Entscheiden über industrielle Normen, Bildung und Forschung oder Verkehrspolitik. Einige der dringendsten Probleme mögen mit dem Abschluss der bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU gelöst sein – oder besser: die Schweiz hat mit flankierenden Massnahmen nachvollzogen, was die Mitgliedsländer der EU zuvor gemeinsam beschlossen haben. Diese statischen Abkommen und der dynamische Prozess eines sich einigenden Europas werden eine Schweiz im Alleingang immer wieder und immer öfters dazu zwingen, fremdes Recht zu übernehmen, ohne bei dessen Ausgestaltung mitreden zu können.

Unser Abseitsstehen schwächt aber nicht nur die Stellung der Schweiz in Europa, sie bedeutet den Verlust direkter demokratischer Einflussnahme, den Verlust von Souveränität und gefährdet damit die über Jahrhunderte gewachsene und gut ausgebaute halbdirekte Demokratie.

Eine Annäherung an Europa – und als erster Schritt die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union – stärkt deshalb unsere Demokratie, verschafft uns wieder mehr Entscheidungsspielraum und Einflussmöglichkeit. Diese Chancen wahren und jetzt verhandeln, das will die Initiative „Ja zu Europa“.

Die Grüne Partei der Schweiz steht deshalb deutlich hinter der Initiative „Ja zu Europa“. Wir sind überzeugt, dass die Aufnahme von Verhandlungen und eine breite innenpolitische Diskussion über Vor- und Nachteile eines Beitrittes der Schweiz zur EU der beste Weg sind, demokratischen und föderalistischen Grundwerte sowie soziale und ökologische Errungenschaften langfristig zu sichern.